



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Stadtverordnetenversammlung Friedberg / Hessen

Grüne Friedberg fordern eine gemeinsame Anstrengung von Verwaltung und Parteien den Haushalt der Stadt Friedberg zu konsolidieren.

Die Bürger und Kommunalpolitiker wollen selbst bestimmen wo die Prioritäten liegen. Der Herbstlerlass von Innenminister Peter Beuth sei eine große, vermutlich überspannte Auflage die zukünftigen Haushalte der Stadt Friedberg von strukturellen Defizit zu befreien, stellt Bernd Stiller von den Grünen Friedberg fest.

Seit einigen Jahren nun besteht in Friedberg eine jährliche Haushaltslücke von rund 5 Mio € im sogenannten „ordentlichen Ergebnis“. Der aktuell veröffentlichte Herbstlerlass verlangt einen Abbau des Defizits auch für jene Gemeinden wie Friedberg, die sich seinerzeit nicht unter den Schutzschirm gestellt haben, bis zum Haushaltsjahr 2017. Hierzu werden zwei Maßnahmen gefordert: 1. Festsetzung von Mindest-Hebesätzen von Grundsteuer B (Grundstücke, nicht-landwirtschaftlicher Art) von in Friedberg derzeit 350 Hebesatz auf 431. Der Durchschnitt in Hessen für die Größenklasse Friedberg liegt demnach in diesem Jahr bei 392. Zweitens werden an ein „qualifiziertes Haushaltssicherungskonzept“ wesentlich höhere Forderungen geknüpft. So soll in einem so genannten „Abbaupfad“ 75 Euro pro Einwohner und Jahr, mindestens jedoch 40 € pro Einwohner und Jahr das strukturelle Defizit abgebaut werden. Die Höhe sei so zu gestalten dass bis zum Haushaltsjahr 2017 der Haushaltsausgleich erreicht wird.

Die Grünen Friedberg haben berechnet, dass bei nur 40 Euro /Einwohner Einnahmesteigerungen (z.B. Gewerbesteuer) von jeweils 2,66 Mio € in den Jahren 2015 bis 2017 erforderlich wären. Von den Summen verblieben dann nur 3,3 Mio € bei

der Stadt, jedoch weitere ca. 4,64 Mio € würden von der Stadt Friedberg in Form von Kreis-, und Schulumlage abgeführt werden müssen. Dies sei aber nach Analyse der Grünen Friedberg „zu wenig“ Konsolidierungsmasse.

Die geforderte Spanne von 75 € pro Einwohner und Jahr führe zu noch viel utopischeren Zahlen: Die erforderlichen Einnahmesteigerungen wüchsen auf 5 Mio pro Jahr an, bei der Stadt verblieben in 3 Jahren 6.3 Mio, an den Kreis würden bis 2017 8,7 Mio Euro abzuführen sein. Das seien rund 58 % der zu erzielenden Einnahmesteigerungen, berichtet Florian Uebelacker.

In der Haushaltsklausur der Grünen Friedberg wurde analysiert, dass der einfachere Weg sei zunächst mal jegliche „Luft“ im Haushalt abzulassen. Damit sind solche Haushaltspositionen gemeint, die ein stetiges Niveau in den letzten Jahren aufweisen, wo aber die Verwaltung in den letzten mageren Jahren intern bereits durch „Enthaltbarkeit“ weniger verausgabt hat. So gibt es in der Ausgabenposition „Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen“ einen Spielraum von ca. 1,8 Mio € der aus dem Haushalt herausgenommen werden könnte, wenn die anderen Parteien mitspielen und sich nicht wie in vergangenen Jahren verweigern.

Modellrechnungen müssen von der Verwaltung erstellt werden

Die Grünen fordern die Verwaltung auf, vor Verabschiedung des Haushaltes 2015 auf Grundlage des Herbstbeschlusses den Stadtverordneten Modellrechnungen vorzulegen, die Varianten aufzeigen den Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten. Die Fragen hierzu werden wir diese Woche der Verwaltung zukommen lassen. Alle Forderungen der Kommunalaufsicht müssen auf den Tisch, den Bürgern erklärt und erfüllt werden. Wir als Grüne sind nicht bereit in eine weitere halbherzige Beschlusstappe zu gehen, die am Ende nur bewirkt, das auch ein Haushalt 2015 nicht genehmigt wird, erläutert Peter Schmidt, Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses Friedberg.

Die Verwaltung, im besonderen Maße auch der Kämmerer müsse den Dialog auch zu den Bürgern suchen. Es wird Einschränkungen heute üblicher kommunaler Daseinsvorsorge geben müssen.

Innovationen seien erforderlich heute die Maßnahmen vorzubereiten die in Jahren die Kostenstruktur der Stadt Friedberg entlastet. Da müsse man bereit sein alte Dinge wie die Stadthalle abzustößeln, und neue Dinge wie das „Theater Altes Hallenbad“ zu fördern wo inzwischen bewiesen ist, das durch erhebliche Leistungen aus Bürgerhand neues kostengünstig entsteht.